

Antrag Mietkaution / Genossenschaftsanteile

Datum: _____ BG- / Kundennummer: _____

Es erscheint Herr/ Frau _____

(Name, derzeitige Anschrift)

☐ in eigener Angelegenheit

☐ als rechtlicher Vertreter für Herrn/ Frau _____

(Name, Anschrift)

- im Folgenden als **Antragsteller/-in** bezeichnet - und beantragt die Übernahme

☐ der Mietkaution, zu zahlen an den/ die Vermieter/-in _____

☐ von Genossenschaftsanteilen der

☐ Gifhorner Wohnungsbaugenossenschaft, Alter Postweg 36, 38518 Gifhorn

☐ Baugenossenschaft Wiederaufbau e. G., Postfach 13 52, 38003 Braunschweig

☐ _____

☐ Bankverbindung des/ der Vermieters/-in BIC _____

IBAN _____

für die Anmietung der Wohnung _____

(Anschrift der neuen Wohnung)

Bankverbindung Genossenschaftsanteile bei der

☐ Gifhorner Wohnungsbaugenossenschaft, Alter Postweg 36, 38518 Gifhorn

☐ Baugenossenschaft Wiederaufbau e. G., Postfach 13 52, 38003 Braunschweig

BIC _____

IBAN _____

für die Anmietung der Wohnung _____

(Anschrift der neuen Wohnung)

in Höhe von insgesamt _____ € (Euro).

☐ Der/ Die Antragssteller/-in wurde darüber belehrt, dass die Mietkaution bzw. Genossenschaftsanteile im Falle einer Bewilligung nur als zurückzuzahlendes Darlehen übernommen werden würden. Gem. § 22 Abs. 6 SGB II steht die Bewilligung derartiger Leistungen im Ermessen des Leistungsträgers. Kautionen bzw. Genossenschaftsanteile haben den Charakter einer zu hinterlegenden Sicherheit, die bei zweckbestimmter Nutzung der Wohnung an den/ die Antragssteller/-in zurückgezahlt wird. Auf Grund der Verpflichtung zum wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel ist es daher grundsätzlich gerechtfertigt, die Leistungen als Darlehen zu gewähren. Besondere Umstände des Einzelfalls, die dieser Verfahrensweise entgegenstehen könnten, wurden nicht vorgetragen und sind auch nicht ersichtlich.

☐ Für den Fall einer Bewilligung wurde der/ die Antragssteller/-in darüber belehrt, dass zur Tilgung des Darlehens gem. § 42 a Abs. 2 SGB II eine monatliche Aufrechnung in Höhe von 10 % von den maßgebenden Regelbedarfen erfolgt.

Der/ die Antragssteller/-in versichert die Richtigkeit seiner/ ihrer Angaben. Er/ Sie wurde darüber belehrt, dass wahrheitswidrige Angaben zu strafrechtlichen Konsequenzen und zur Rückforderung der zu Unrecht gewährten Leistungen führen können.

Datum, Ort

Unterschrift